

Bidens bittersüßer Moment

VON THOMAS SPANG

Beim großen Finale fehlen eigentlich nur die Ballons. So enthusiastisch feiern die Demokraten den scheidenden Präsidenten bei der Eröffnung ihres Parteitags in Chicago. Am Ende stehen Joe Biden und Kamala Harris vereint auf der Bühne und strahlen. Mit dem Versprechen des Präsidenten, im Wahlkampf der beste Freiwillige für Kamala zu sein. Für Biden muss das ein bittersüßer Moment sein – zum Abschied mehr bejubelt als während seiner Amtszeit. Vier Minuten stehender Beifall, bevor er überhaupt nur zu Wort kommt, weil er selbstlos an seine Vizepräsidentin übergeben hat. Nur zu gut erinnert sich der 81-Jährige daran, dass viele der Delegierten, die „Danke, Joe“ skandieren, ihn vor vier Wochen noch zum Rückzug gedrängt haben. Eine Entscheidung, die dem Präsidenten mehr als schwergefallen ist. Wie richtig sie ist, zeigt der kometenhafte Aufstieg von Harris zur neuen Hoffnungsträgerin. Die Frau, die Bidens Politik loyal unterstützt hat, liegt in den Umfragen vorn und hat Donald Trump in den sieben Swing States ein- oder überholt. Ein Beweis dafür, wie sehr Bidens körperliche und mentale Verfassung das Problem war.

Seinen letzten großen Auftritt vor einem Millionenpublikum nutzt Biden, um an seine Errungenschaften zu erinnern. Der Präsident hat nie große Reden gehalten, aber mit knappen Mehrheiten im Kongress mehr durchgesetzt als viele Vorgänger. Soziale Sicherheit, grüne Wende, Investitionen in die marode Infrastruktur und in Zukunftstechnologien – die Welt blickt neidisch auf die US-Wirtschaft. Zudem ist es ihm gelungen, die Nato zusammenzuschweißen. Der Präsident schafft mit einer Mischung aus Abschieds- und Wahlkampfreden, die richtige Balance zwischen der Sicherung seines Erbes und dem Aufbruch in eine neue Zeit zu halten. Danach liegt es an Kamala Harris, der Partei zum Sieg zu verhelfen.

Ein neuer Blick auf die NS-Schuldfrage

VON JULIA RATHCKE

Schon die Tatsache, dass über eine Revision mündlich verhandelt wurde, war ungewöhnlich. Doch was der Bundesgerichtshof tat, zeigt einmal mehr, welche Bedeutung dieser Art Fälle beigemessen wird. Die juristische Aufarbeitung des Holocausts wurde jahrzehntelang versäumt, auch deshalb ist jedes NS-Verfahren der jüngeren Vergangenheit essenziell. Selbst wenn es um hochbetagte Menschen geht, denen keine direkte Tat, sondern „nur“ Beihilfe zum massenhaften Morden vorgeworfen wird.

Darum ging es auch im Fall Irmgard Furchner. Die heute 99 Jahre alte Frau war von Juni 1943 bis April 1945 im KZ Stutthof nahe Danzig eingesetzt. Sie war Schreibkraft, ihr Chef SS-Sturmbannführer Paul Werner Hoppe, der ihr vermeintliche Banalitäten des Bösen diktierte: Deportationslisten für Züge nach Auschwitz, Materiallisten zur Herstellung des Giftgases Zyklon B. Ihr Schreibtisch war mit Blick auf die Gefangenenbereiche, der Geruch von verbranntem Menschenfleisch reichte in ihr Büro – so stellte es das Landgericht Itzehoe nach 14 Monaten Verhandlung im Dezember 2022 fest. Es verurteilte die damals zwischen 17- und 19-jährige Furchner zu zwei Jahren Jugendhaft auf Bewährung.

Kann eine Sekretärin Beihilfe zu Mord begehen? Wie weit geht die Schuldfrage im schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte? Schon andere Prozesse gegen ehemalige SS-Wachleute behandelten diese Punkte. Auch dieses Urteil ist kein Ergebnis von Rache oder Vergeltung. Es soll zeigen: Niemand der Beteiligten kann sagen, er habe es nicht gewusst. Der Anwalt der heute 99-Jährigen sagte: Jemand, der einfach nach Anweisung eines anderen bei Elster eine Steuererklärung eingibt, und dann kommt heraus, dass es Steuerhinterziehung war, der müsse sich nicht unbedingt der Steuerhinterziehung schuldig gemacht haben. So war es im Holocaust gewiss nicht. Das macht die verworfene Revision des BGH endgültig klar.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Die Milliardenhilfe für Chip-Hersteller TSMC soll Deutschland unabhängiger von China machen und Jobs schaffen. Diese Begründung ist ebenso fadenscheinig wie die für die Unterstützung der Stahl- und Werftindustrie.

Das süße Gift der Subventionen

VON ANTJE HÖNING

Die Begeisterung von Olaf Scholz ist groß: Es sei eine „tolle Nachricht“, dass der taiwanische Konzern TSMC und seine europäischen Partner die nötigen Anreize hätten, „hier in Deutschland zu investieren“, sagte der Kanzler am Dienstag. Er war zum Spatenstich für die Chipfabrik nach Dresden gekommen. Dort will TSMC ab 2027 Chips für die Autoindustrie herstellen, 2000 Arbeitsplätze sollen entstehen. Doch die sind teuer erkauft: Fünf Milliarden Euro Subventionen soll TSMC erhalten und sich fast die Hälfte des Investments vom Steuerzahler finanzieren lassen. Die EU-Kommission gab grünes Licht. Die Subvention steht in einer unrühmlichen Reihe von Hilfen – für Chip-Hersteller, für Stahlkonzerne, womöglich für die Meyer-Werft. Wie sinnvoll ist das alles? „Industriepolitik in Form von Subventionspolitik ist wieder en vogue. Die Energietransformation und neue geopolitische Unsicherheiten machen staatliches Eingreifen notwendig“, sagt Achim Wambach, Chef des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). „Da Subventionen aber meist mit wettbewerblichen Nachteilen verbunden sind, muss jede Einzelne geprüft werden, ob sie erforderlich und angemessen ist.“ Die Argumente auf dem Prüfstand.

Versorgungssicherheit Die EU will Europa unabhängiger von China machen. In der Pandemie rissen Lieferketten wegen der chinesischen Lockdowns, Peking bedroht Taiwan, wo die meisten Chips weltweit hergestellt werden. Die Kommission will den Anteil der EU an der weltweiten Halbleiterproduktion bis 2030 von zehn auf 20 Prozent erhöhen. Dazu hat sie einen „Chip Act“ aufgelegt, auf dessen Basis werden Hilfen genehmigt. Ökonomen begrüßen das Ziel, sich unabhängiger zu machen, halten Subventionen aber für den falschen Weg. Statt mit viel Geld Chip-Fa-

briken anzusiedeln, „könnte man auch die Verbindungen zu anderen Produktionsstandorten verbessern“, meint Joachim Ragnitz vom Ifo-Institut in Dresden. Zudem würden Lieferkettenprobleme nur verlagert: „Viele der benötigten Rohstoffe kommen weiter aus China.“ ZEW-Chef Wambach warnt vor einem ruinösen Wettlauf mit den USA: „Mit der Förderung für TSMC und der Chip-Industrie insgesamt begibt sich Deutschland in einen Subventionslauf, denn auch die USA haben einen eigenen ‚Chips Act‘ aufgelegt. Um die Resilienz in Europa hinsichtlich Halbleitertechnologien zu stärken, ist aber eine enge Zusammenarbeit mit den USA sinnvoll und notwendig.“

Im Namen der Versorgungssicherheit wird sogar über Hilfe für die im niedersächsischen Papenburg sitzende Meyer-Werft beraten. Zur Finanzierung von Schiffsneubauten muss sie Milliarden aufbringen, es wird über einen Staatseinstieg debattiert. Das ist in jeder Hinsicht absurd: Die Werft stellt nicht etwa strategisch wichtige Kriegs-, sondern vor allem private Kreuzfahrtschiffe her, die auch klimapolitisch umstritten sind.

Arbeitsplätze In den Kalender passt der Spatenstich in Dresden gut, stehen doch in Sachsen, Thüringen und Brandenburg Wahlen an. Olaf Scholz (SPD) verteidigte die Chip-Subventionen und verwies darauf, dass sie die Schaffung von gut bezahlten und zukunftssicheren Arbeitsplätzen sowie einen „zusätzlichen Schub“ für die Wirtschaft der Region ermögliche. Forscher sehen das anders: Die Zeiten hoher Arbeitslosigkeit im Osten seien vorbei, „heute ist genau das Gegenteil das Problem“, sagte Reint Gropp, Chef des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Die subventionierte Ansiedlung großer Unternehmen könnte den Fachkräftemangel für örtliche Unternehmen noch verschärfen.

Hinzu kommt die große Unsicherheit: Der Bund will Intel ebenfalls mit Milliarden nach Ostdeutschland locken,

INFO

Was Bund und Länder alles subventionieren

TSMC Das taiwanische Unternehmen ist der größte Chiphersteller der Welt. Die Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC) will in Dresden ihre erste Fabrik in Europa errichten – zusammen mit Infineon und Bosch. Hier sollen Chips für die Autoindustrie produziert werden. Kosten: mehr als zehn Milliarden Euro, davon fünf Milliarden als Subvention.

Intel Der US-Konzern will in Magdeburg zwei Fabriken bauen, die Chips für Smartphones und Computer für den Export herstellen sollen. Intel will zehn Milliarden Euro als Subvention vom deutschen Staat.

Northvolt Der schwedische Hersteller will im norddeutschen Heide eine Batteriefabrik bauen. Bund und Schleswig-Holstein geben 700 Millionen an Hilfe. Doch Northvolt steckt wegen Stornierungen der Autoindustrie in der Krise und schließt das Forschungszentrum in Kalifornien.

Stahl Thyssenkrupp erhält von Bund und Land zwei Milliarden Euro für die Umrüstung auf grünen Stahl. Die Stahlwerke Saar bekommen 2,6 Milliarden vom Staat, Salzgitter eine Milliarde Euro.



Bundeskanzler Olaf Scholz beim Spatenstich der Chipfabrik. FOTO: DPA

2022 hatte der Chip-Riese aus den USA angekündigt, dass er in Magdeburg zwei Fabriken bauen will. 30 Milliarden Euro will Intel investieren, zehn Milliarden sollen vom Staat kommen. Doch die Zweifel wachsen: Intel ist tief in die Krise gerutscht, streicht weltweit Tausende Arbeitsplätze und kürzt Investitionen – ob auch in Magdeburg, ist offen.

Klimaschutz Besonders gerne verteilt die Politik Subventionen im Namen des Klimaschutzes. So erhält die deutsche Stahlindustrie Milliarden von Bund und Ländern, zwei Milliarden bekommt allein Branchenprimus Thyssenkrupp für die Umrüstung eines Hochofens in Duisburg auf eine wasserstoffbasierte Anlage. Das kann man als Anschubfinanzierung für neue Technologien sehen – oder als teure Konservierung einer Branche, die in Deutschland nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Denn die Herstellung von grünem Wasserstoff ist energieintensiv und teuer. „Energieintensive Unternehmen mit geringer Wertschöpfung werden tendenziell den deutschen Markt verlassen, da Energie in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern relativ teurer sein wird. Vor diesem Hintergrund sind die massiven Förderungen der Stahlunternehmen kritisch zu sehen. Es besteht die Gefahr, dass sie die notwendige Transformation verlangsamen“, mahnt ZEW-Chef Wambach. Deutschland habe nicht die besten Voraussetzungen für Solar- und Windenergie, und aus der Nuklearenergie habe es sich verabschiedet.

Kosten Die Subventionen, die Scholz und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), aber auch Länder munter verteilen, summieren sich auf zweistellige Milliarden-Beträge. Geld, das vom Steuerzahler für einzelne Unternehmen aufgebracht wird, die teilweise auch noch Stellen abbauen. Geld, das an anderer Stelle fehlt – und womöglich die Ampelkoalition platzen lässt. Das süße Gift der Subventionen kennt am Ende nur Verlierer.

WISSENSDRANG

Wenn wieder einmal ein Student seine Arbeit nicht abgibt und sich auf eine depressive Störung oder ADHS beruft, frage ich mich, ob die jungen Leute heute psychisch labiler sind als früher. Nicht, dass früher jeder seine Arbeit abgegeben hätte – aber die Begründungen sind neu. Der Sozialpsychologe Jonathan Haidt glaubt, dass Studierende wirklich psychisch labiler geworden sind. Er führt das auf Smartphones und soziale Medien zurück. Ich bin mir da nicht so sicher. Viele Studierende hatten auch schon früher Probleme, einer Vorlesung aufmerksam zu folgen. Andere stürzten von einer Krise in die nächste. Aber seit den 80ern haben sich die psychiatrischen Kategorien stark erweitert. Zum Beispiel die Depression:

Psychisch labil

Eine Diagnose kann Erleichterung bringen. Es gibt aber auch Schattenseiten.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Früher wurde sie nur dann diagnostiziert, wenn krisenhafte Symptome wie Niedergeschlagenheit, Schlaflosigkeit, Antriebslosigkeit, sozialer Rückzug, Zukunftsängste etc. nicht auf eine gewöhnliche Ursache zurückzuführen waren, wie etwa vom Partner verlassen worden zu sein oder eine wichtige Prüfung nicht bestanden zu haben. Heute hingegen erfüllen solche Lebenskrisen das rein symptomorientierte Kriterium einer Depression. Das hat Vor- und Nachteile. Wer zu unerklärlicher Unkonzentriertheit und ständiger Unruhe neigt, fühlt sich oft als Versager. Da kann die Diagnose ADHS eine große Erleichterung sein. Denn sie bedeutet auch: Man „kann nichts dafür“, wenn man die hohen Erwartungen der Eltern an den Erfolg in Schule und Studium nicht erfüllt.

Man muss sich nicht schämen und fühlt sich weniger isoliert. Die Ausweitung der Krankheitsbilder hat aber auch ihre Schattenseiten. Die Pathologisierung gewöhnlicher Traurigkeiten und Krisen führt zu Überdiagnosen und teilweise unnötigen medikamentösen Behandlungen. Zudem wird den Betroffenen signalisiert, dass sie ihre Schwierigkeiten nicht selbst bewältigen können. Damit wird ihnen auch eine Möglichkeit genommen, krisenhafte Situationen selbst zu überwinden und daraus Selbstvertrauen zu schöpfen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.